



28. Juni 2019

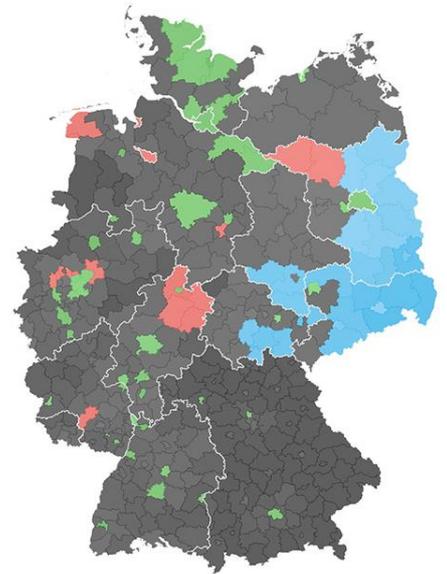
Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Das Ergebnis der Europawahl war eine Zäsur**
- **Aktuelle Stunde der Koalition: „Für den Schutz unserer Demokratie – Gegen Hass und rechtsextreme Gewalt“**
- **Bundeshaushalt für 2020 im Kabinett beschlossen**
- **Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung**
- **Für eine reibungslose Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes**
- **Wohngeldstärkungsgesetz**
- **Debatte zur Organspende**
- **Scheitern der Mautverträge**
- **Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts**
- **100 Jahre Weimarer Reichsverfassung**
- **Christine Lambrecht ist neue Justizministerin**
- **Diese Woche in Bildern**

Das Ergebnis der Europawahl war eine Zäsur

Die politische Landkarte nach der Europawahl am 27. Mai ist eindeutig: Außer in Nordhessen gibt es kaum noch zusammenhängende „rote Gebiete“ also SPD-Mehrheiten in den einzelnen Landkreisen. Dafür gibt es immer mehr „blaue Gebiete“ im Osten.



Das muss uns alle nachdenklich stimmen! Auf diese Entwicklung gibt es keine einfachen Antworten bzw. es gibt nicht nur eine Ursache dafür. Auch die These, man müsse sozialpolitisch nach links und innenpolitisch nach rechts gehen, greift zu kurz.

Die SPD hat zwar im Maschinenraum der Politik fleißig und konstruktiv an den vielen sozialpolitischen Verbesserungen gearbeitet, aber auf dem Sonnendeck saßen andere und haben für sich die Erfolge eingeheimst oder sind als selbstverständlich wahrgenommen worden.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass die Politik ihre Lebensrealität nicht mehr kennt und deshalb fühlen sie sich oftmals gerade von der SPD nicht mehr vertreten. Und gerade an uns Sozialdemokraten haben die Menschen einen besonderen Anspruch, dass wir uns darum kümmern, ihr Leben besser und sicherer zu machen.

Außerordentlich schnelle technische und gesellschaftliche Umwälzungen in den letzten Jahren durch Globalisierung und Digitalisierung, die auch die Arbeitswelt total verändert haben, haben den Prozess der Entfremdung vieler Menschen von der Politik noch verstärkt und dazu geführt, dass sie sich populistischen Parteien zugewandt haben.

Aber beispielsweise die AfD benennt nur einzelne gesellschaftliche Probleme, sie bietet allerdings nicht nur keine Lösungen an, sondern nur solche, die nicht an den Problemen der Menschen anknüpfen. Deswegen bleibt die SPD die Partei, die die Interessen der Mehrheit der Menschen vertritt.

Die SPD muss jetzt allerdings glaubwürdig die Zukunftsthemen anpacken: Wie vereinbaren wir ökologische Erneuerung mit Innovation, wirtschaftlicher Vernunft, wirtschaftlichem Fortschritt sowie sozialen Ausgleich?

Die SPD muss jetzt geschlossen und solidarisch aus dem Tief wieder herauskommen und sich auch personell neu aufstellen! Das geht nur, wenn man nicht nur die politische Basis der SPD wieder mehr aktiviert und stärker personell mitentscheiden lässt, sondern wenn auch alle Teile der SPD wieder an einem Strang und vor allen Dingen in eine Richtung ziehen. Wir glauben, eine personelle Doppelspitze von Frau und Mann in der Führung der SPD, die im Wege der Urwahl ermittelt werden sollte, könnte zumindest eine Option sein.

Aktuelle Stunde der Koalition: „Für den Schutz unserer Demokratie – Gegen Hass und rechtsextreme Gewalt“

In einer aktuellen Stunde, beantragt von der Koalitionsfraktionen, ging es um das Thema „Für den Schutz unserer Demokratie – Gegen Hass und rechtsextreme Gewalt“. Anlass war der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke.

Die heute in ihr Amt eingeführte SPD-Bundesjustizministerin Christine Lambrecht sprach sich klar gegen den zunehmenden Rechtsextremismus in Deutschland aus. Sie versicherte, dass die Ermittlungen im Fall Lübcke, ebenso wie die Aufklärung der NSU-Verbrechen, noch nicht abgeschlossen sind. Der Generalbundesanwalt ermittelt in Zusammenarbeit mit den Länderbehörden und wird die Umstände der Tat und ihre Zusammenhänge aufklären.

Wir als Sozialdemokraten sehen den furchtbaren Mord an Walter Lübcke als einen Anschlag auf unsere Demokratie und unsere freiheitlichen Werte. Wir sprechen uns aus gegen zunehmenden Hass und gegen ein Klima der Grenzüberschreitungen.



Auch unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagt sehr deutlich: "Eine Gefahr ist nicht nur der rechtsextreme Gewalttäter, der den Finger am Abzug hat, sondern eine Gefahr ist ein Klima oder sind Netzwerke, in denen sich Menschen zu solchen Taten legitimiert oder gar ermutigt fühlen. Wir dürfen die Gefahr eines Terrorismus von rechts niemals wieder unterschätzen, ganz gleich, wen er trifft!"

Es ist unsere Aufgabe als wehrhafte Demokratie bestehendes Recht gegen die Feinde unserer Demokratie durchzusetzen!

Wir als Gesellschaft dürfen uns nie an rechtsextremistische Gewalt gewöhnen! Deshalb waren auch viele Sozialdemokraten unter den 10.000 Teilnehmern bei der eindrucksvollen Kundgebung *Zusammen sind wir stark* in Kassel am vergangenen Donnerstag.

Bundshaushalt für 2020 im Kabinett beschlossen

Unser Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz hat in dieser Woche den Haushalt für 2020 im Bundeskabinett vorgestellt und beschlossen. Jetzt wird der Haushalt unmittelbar nach der parlamentarischen Sommerpause im Bundestag beraten.

Die Einzelpläne der Ministerien		Veränderungen zu 2019 in %
Arbeit und Soziales	148,56	Mrd. € + 2,3%
Verteidigung	44,92	+ 3,9
Verkehr und digitale Infrastruktur	29,87	+ 2,0
Bildung und Forschung	18,20	- 0,4
Inneres, Bau und Heimat	15,33	- 3,3
Gesundheit	15,33	+ 0,1
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11,80	+ 13,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit u. Entwicklung	10,37	+ 1,2
Wirtschaft und Energie	9,14	+ 11,6
Finanzen	7,48	+ 4,1
Ernährung und Landwirtschaft	6,52	+ 3,1
Auswärtiges Amt	5,74	- 1,5
Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3,19	- 1,5
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	2,62	+ 14,8
Justiz und Verbraucherschutz	0,91	+ 1,9

Mit einer sozial gerechten Haushaltspolitik investieren wir in die Zukunft und den Zusammenhalt in unserem Land. Mit dem Bundeshaushalt 2020 und dem Finanzplan bis 2023 setzen wir das in die Tat um. Wir modernisieren unsere Infrastruktur, stärken Innovationen und sichern so den Wohlstand von morgen. Zum Beispiel den klimafreundlichen Schienenverkehr, den

Breitbandausbau und die Digitalisierung unserer Schulen.

Knapp 100 Mrd. Euro investieren wir in den nächsten vier Jahren in Bildung und Forschung. Wir stärken Familien, indem wir das Kindergeld erhöhen und gute und kostenfreie Betreuung bereitstellen. Jeweils 1 Mrd. Euro stellen wir 2020 und 2021 für den sozialen Wohnungsbau bereit und wir erhöhen die Mittel für Wohngeld im neuen Finanzplan um mehr als eine halbe Milliarde Euro. Wir unterstützen den Strukturwandel in den Braunkohleregionen und verstärken die Anstrengungen beim Klimaschutz.

Mit dem Haushaltsentwurf von Olaf Scholz für 2020 setzen wir klare Schwerpunkte für ein modernes, zukunftsfähiges Deutschland. Das ist sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land.

Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung



Grafik: Carboxylase/shutterstock.com

Diese Woche haben wir in erster Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung (BBiG) beraten. Mit dem Gesetzentwurf schaffen wir den rechtlichen Rahmen, um die duale Berufsausbildung fit für die Zukunft zu machen.

Vor allem die Mindestausbildungvergütung (MAV) ist eine wichtige Verbesserung, denn gut ausgebildete Fachkräfte und ihre Leistung verdienen Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Die Mindesthöhe der

Vergütung für eine Ausbildung wird zunächst ab 2020 auf 515 Euro für das 1. Lehrjahr festgelegt. Sie wird sich bis ins 3. Lehrjahr um 35 Prozent auf 695 Euro erhöhen. Die MAV ist künftig ein Mindestlohn für Azubis und definiert, was als angemessen gilt.

Da Jugendliche in der Ausbildung aktuell nicht vom Mindestlohn erfasst werden, schließt die MAV eine wichtige Lücke. Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass wir sie gegen Widerstände des CDU-geführten Wirtschaftsministeriums und die Untätigkeit der CDU-

Bildungsministerin durchsetzen konnten und dieses notwendige Gesetz nun in die parlamentarischen Beratungen geht.

Neben der Mindestausbildungsvergütung bringt der Gesetzentwurf noch weitere Verbesserungen auf den Weg: Die Möglichkeit der Teilzeitberufsausbildung auf alle Auszubildenden wird ausgeweitet. Diese Neuregelung ist insbesondere eine Chance für Alleinerziehende, Geflüchtete, lernbeeinträchtigte Personen sowie Menschen mit Behinderung.

Das Gesetz soll am 1. Januar 2020 in Kraft treten. In den anstehenden Ausschuss-Beratungen wollen wir weitere Verbesserungen für die Menschen erreichen. Uns geht es unter anderem darum, die Rahmenbedingungen für Auszubildende verbessern, wenn es um Freistellung für Berufsschulzeiten geht.

Für eine reibungslose Umsetzung des Bundsteilhabegesetzes

Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde das Bundsteilhabegesetz verabschiedet, um die bisherigen Leistungen für Menschen mit Behinderungen zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln.

Die Leistungen der Eingliederungshilfe für Behinderte werden ab dem 1. Januar 2020 vereinfacht. Zukünftig wird es keine Unterscheidung zwischen ambulanten, teilstationären und stationären Leistungen mehr geben.



Die Unterstützung erwachsener Menschen mit Behinderungen wird nicht mehr an eine bestimmte Wohnform geknüpft, sondern am notwendigen individuellen Bedarf ausgerichtet sein.

Wir als SPD haben mehr Rechtssicherheit und Klarheit für den anstehenden Systemwechsel geschaffen!

Ein Großteil der Änderungen ist das Ergebnis der Empfehlungen der „Arbeitsgruppe Personenzentrierung“, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingerichtet wurde. Ihr gehören u.a. die Leistungsträger, Leistungserbringer und Fachverbände für Menschen mit Behinderungen an.

Im Jahr 2018 wurden so Vorschläge zur verbesserten Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes erarbeitet, die mit diesen Änderungen diese Woche in erster Lesung im Bundestag beraten werden.

Wohngeldstärkungsgesetz

Mit dem Wohngeldstärkungsgesetz tragen wir dazu bei, dass Wohnen auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar bleibt.

Historisch erstmalig werden wir eine Dynamisierung des Wohngeldes ab dem Jahr 2022 einführen. Das bedeutet: Wir werden das Wohngeld alle zwei Jahre an die Miet- und Einkommensentwicklung anpassen. Damit sichern wir die konkrete Unterstützung von bedürftigen Haushalten auch für die kommenden Jahre und weniger Haushalte werden zwischen Wohngeld und Arbeitslosengeld II sowie Sozialhilfe hin- und herwechseln.



Mehr Wohngeld!
Wir entlasten Mieter und Mieterinnen mit kleinen Einkommen.

Foto: shutterstock.com/Anastassiya Bezhekeneva

„Unser Ziel ist klar: mehr bezahlbarer Wohnraum muss her! Dafür brauchen wir ein Zusammenspiel aus mehr Investitionen, sozialem Wohnungsbau und zielgenauen Änderungen im Mietrecht und in der Sozialpolitik.“

Das Wohngeld ist ein echter sozialpolitischer Fortschritt!“, so Edgar Franke. Durch die Reform wird es ab dem 1. Januar 2020 mehr Wohngeld für mehr Haushalte geben. Zuletzt wurde das Wohngeld zum 1. Januar 2016 angepasst. Von der nun auf den Weg gebrachten Wohngeldreform profitieren insgesamt rund 660.000 Haushalte. Rund 180.000 Haushalte werden durch die Reform neu oder wieder einen Anspruch auf Wohngeld erhalten.

Und wir heben die Miethöchstbeträge nach Mietstufen gestaffelt an. Die Miethöchstbeträge bestimmen den Betrag der Miete, der durch das Wohngeld bezuschusst wird. Die Miethöchstbeträge in den Regionen mit stark steigenden Mieten, vor allem in den Ballungsräumen, werden überdurchschnittlich angehoben.

Die Reform des Wohngeldgesetzes und seine regelmäßige Dynamisierung sind ein Meilenstein sozialdemokratischer Politik gerade für Familien, die es immer schwer haben, die Miete aufzubringen!

Debatte zur Organspende

In einer kontroversen und teilweise emotionalen Debatte haben wir zwei Entwürfe über die geplante Neuregelung der Organspende diskutiert.



In einer kontroversen und teilweise emotionalen Debatte haben wir fraktionsübergreifend zwei Entwürfe über die geplante Neuregelung der Organspende diskutiert.

„Den Leuten auf der Warteliste läuft die Zeit davon“, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin unserer Fraktion Sabine Dittmar. Etwa 9400 registrierte Patienten

warten bundesweit auf ein lebensrettendes Organ, doch nur 955 Menschen haben im vergangenen Jahr nach dem Tod Organe gespendet, so die Deutsche Stiftung Organtransplantation.

Den Entwurf zur sogenannten Widerspruchslösung haben der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Karl Lauterbach und der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zusammen erarbeitet. Die Widerspruchslösung sieht vor, dass jeder automatisch zum Organspender wird, wenn er nicht zu Lebzeiten widersprochen hat.

Zentrales Argument der Befürworter der Widerspruchsregelung ist die drängende Zeit, denn mit jedem halben Jahr Wartezeit sinken die Chancen auf eine erfolgreiche Transplantation Schritt für Schritt weiter.

Eine andere Abgeordnetengruppe, unter anderen mit der SPD-Gesundheitspolitikerin Hilde Mattheis und Grünen-Chefin Annalena Baerbock, geht die Widerspruchslösung zu weit. Sie wollen die Spendenbereitschaft erhöhen, indem man weiterhin ausdrücklich "Ja" sagen muss, um Organspender zu werden. Alle Bürger sollen regelmäßig, z.B. beim Abholen der Ausweispapiere, dazu befragt werden. Die Befürworter/innen argumentieren, dass Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen sei zu bewahren und dass Schweigen keine Zustimmung sei.

Für uns Sozialdemokraten ist wichtig, dass es auch in der Gesellschaft eine breite Debatte über die Spendenbereitschaft gibt. Das hilft den Patienten!

Scheitern der Mautverträge

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer musste diese Woche in einer aktuellen Stunde Fragen zum Aus der geplanten Pkw-Maut und den sich daraus ergebenden finanziellen Folgen beantworten.

Das gescheiterte Projekt der CSU hat den Bund schon jetzt mehr als 50 Millionen Euro gekostet. In der Haushaltsplanung für die nächsten Jahre fehlt nun fast eine Milliarde Euro.

Der Europäische Gerichtshof hatte vergangene Woche die Pkw-Maut in der geplanten Form für rechtswidrig erklärt, da sie Autofahrer aus dem Ausland benachteilige.

Verkehrsminister Andreas Scheuer veranlasste direkt nach dem Urteil die Kündigung der Verträge mit den Betreibern, die sich eigentlich um Erhebung und Kontrolle der Maut kümmern sollten. Mit diesen droht nun Streit um Entschädigungen.

Die Bedingungen der SPD-Fraktion für eine Einführung der Pkw-Maut sind nicht mehr gegeben. Voraussetzung für die Zustimmung der SPD war, dass die Pkw-Maut nicht gegen europäisches Recht verstößt und kein Inländer zusätzlich finanziell belastet wird!

Außerdem sollten mit der Maut zusätzliche Einnahmen für den Erhalt und den Ausbau der Bundesfernstraßen eingenommen werden. Alle drei Bedingungen gelten für uns als SPD nach wie vor.

Wir als SPD kritisieren, dass Bundesminister Scheuer mit den Verträgen voreilig, also vor der endgültigen Rechtssicherheit, Fakten geschaffen hat! Es muss nun schnell Klarheit geben!

Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts

Diese Woche haben wir im Bundestag die Grundsteuerreform in erster Lesung beraten. Das ist ein wichtiger Etappenschritt, um die Grundsteuereinnahmen von etwa 15 Milliarden Euro im Jahr für die Kommunen auch weiterhin sicherzustellen.



Die Berechnung der Grundsteuer wird sich auf Bundesebene weiterhin am Wert der Grundstücke orientieren. Mit dem Modell von Bundesfinanzminister Olaf Scholz wird die Grundsteuer einfacher, gerechter und zukunftsfähig.

Wir sichern mit dem Gesetzespaket die finanzielle

Grundlage der Städte und Gemeinden, denn ohne eine Neuregelung wäre die Grundsteuer wegen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes als wichtigste Einkommensquelle der Kommunen zum 31. Dezember 2018 weggefallen. So sichern wir für die Städte und Gemeinden auch weiterhin ausreichend Gelder für Schulen, Kitas, die übrige Daseinsvorsorge und Investitionen in die örtliche Infrastruktur.

Die bisherige Berechnung der Grundsteuer basiert auf Jahrzehnte alten Grundstückswerten. Die Werte von Grundstücken und Gebäuden haben sich jedoch seit 1964 im Westen und 1935 im Osten sehr unterschiedlich entwickelt. Gegenwärtig werden dadurch für vergleichbare Immobilien sehr unterschiedliche Steuerzahlungen fällig.

Als Grundlage der Bemessung der Grundsteuer sollen auch zukünftig vor allem der Wert des Bodens und die durchschnittlich gezahlte Miete am jeweiligen Standort dienen.

Hinzu kommt: Immobilien des sozialen Wohnungsbaus, kommunale sowie gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften sollen unter bestimmten Voraussetzungen durch einen zusätzlichen Abschlag auf die Steuermesszahl bei der Grundsteuer begünstigt werden.

Das ist sozialdemokratische Politik für die Menschen!

Orte der Freiheit und Demokratie: 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung

Vor 100 Jahren wurde die Weimarer Republik gegründet. Mutige Frauen und Männer erstritten und erkämpften unter extrem schwierigen Bedingungen die erste Demokratie in Deutschland.

Mit der Republik waren große Hoffnungen auf eine freiheitliche, gerechte, solidarische und friedliche Gesellschaft verbunden. Unzählige Neuerungen auf allen Gebieten des täglichen Lebens wurden angeschoben. Sie haben sich größtenteils bis heute erhalten und gelten uns als Selbstverständlichkeiten, wie etwa die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.



Doch die Feinde der Demokratie waren von Anfang an sehr stark. Sie nutzten die Schwachstellen der Verfassung und bekämpften erbittert die Republik - und zerstörten sie schließlich. Nach nur 14 Jahren ging die erste deutsche Demokratie unter und wurde von der NS-Diktatur abgelöst. Dieses fatale Ende ist uns auch heute noch eine Mahnung, unsere Verfassung und unsere demokratischen Grundwerte zu verteidigen.

Wir als SPD wollen daran erinnern, dass die Sozialdemokratie die politische Kraft war, die den Übergang von der Revolution in die Demokratie trotz aller Widerstände erfolgreich gestaltete. Wir wollen daran erinnern, dass die SPD am Ende des Ersten Weltkriegs Verantwortung übernommen hat und die junge deutsche Demokratie gegen ihre Feinde verteidigt hat. Die SPD war es, die den Weg der Versöhnung und Verständigung in Europa eingeschlagen hat, den wir bis heute gehen!

Die Weimarer Republik ist keine versunkene Epoche, sondern ein Lehrbeispiel der deutschen Geschichte! Deshalb ist es wichtig, dass ihr 100. Geburtstag bundesweit begangen wird.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, den wir diese Woche im Bundestag beraten haben, wird eine Tradition aus der Weimarer Reichsverfassung wieder aufgegriffen: Jede Schülerin und jeder Schüler wird zum Schulabschluss ein Grundgesetz in gedruckter Form bekommen. Es wird ein Förderkonzept für die Orte der Freiheit und der Demokratie in Deutschland vorgelegt werden und im Rahmen dieses Förderkonzepts werden Erinnerungsorte der Demokratie von gesamtstaatlicher Bedeutung künftig in die institutionelle Förderung des Bundes aufgenommen.

Christine Lambrecht ist neue Justizministerin



Unsere hessische Bundestagskollegin Christine Lambrecht ist heute morgen im Bundestag vereidigt worden.

Sie ist die neue sozialdemokratische Justizministerin der Bundesrepublik Deutschland.



In ihrer beeindruckenden ersten Rede hat sie alle Demokraten in Deutschland zu einem engagierten Eintreten gegen Rechtsextremismus und zur Verteidigung der Demokratie aufgerufen.

Diese Woche in Bildern



Mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Kurt Beck und meinem Vorgänger als Opferbeauftragter auf dem Hoffest der SPD Bundestagsfraktion in Berlin!

Bei fast tropischer Hitze beim GKV-Spitzenverband in Berlin mit Edgar Frankes Gudensberger Hausnachbarn Thomas Umbach, Chef der BKK Henschel in Kassel und seinem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden.



Mit der Gilserbergerin Alina Dippel von den Schwalm-Eder Jusos auf dem Hoffest der SPD-Bundestagsfraktion!



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 2 <https://interaktiv.waz.de/europawahl-deutschland/> , Seite 3 Dr. Edgar Franke, Seite 4 <https://interaktiv.waz.de/europawahl-deutschland/> , Seite 5, 7 und 12 oben, Seite 6 Bild von Jasmin 777 auf pixabay, Seite 8, 10 und 11 pixabay.com, Seite 12 unten und Seite 13 Dr. Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.